

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: A-20-20/2019

Aktenzeichen:

Amt: Finanzen

Datum: 25.11.2019

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

X

Betreff: Haushaltssatzung 2020 für das Amt Brück**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen: Ja**

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Eigenanteil: € Objektbezogene Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: Ja mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:_____
Unterschrift Kämmerer**geprüft und bestätigt:**_____
Amtsleiter_____
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
AmtsA	1	16.12.2019					



Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite

Unterschrift / Datum:_____
Vorsitzender des AA

Beschluss-Nr.: A-20-20/2019

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Der Amtsausschuss des Amtes Brück beschließt die

Haushaltssatzung für das Jahr 2020

auf der Grundlage des § 67 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286).

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender des AA

Begründung

Die Haushaltssatzung 2020 ist in Abstimmung mit dem Haushaltsausschuss des Amtes Brück erarbeitet worden.

Zur Deckung des Finanzierungsbedarfs des Amtes Brück wird eine Amtsumlage von den amtsangehörigen Gemeinden gemäß § 139 BbgKVerf erhoben. Im Jahr 2020 beträgt die Amtsumlage 28,0 v.H.

Im Ergebnisplan wird ein Fehlbetrag von 534,7 T€ ausgewiesen. Dieser Fehlbetrag kann aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses gedeckt werden, wie auch die in den Jahren 2021 und 2022 ausgewiesenen Fehlbeträge. Die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses wird zu Beginn des Jahres 2020 voraussichtlich einen Bestand von 2.402,1 T€ ausweisen.

Investitionen sind im Umfang von 868 T€ geplant. U.a. ist der Erwerb einer Drehleiter mit 610 T€ veranschlagt. Für dieses Fahrzeug sollen 366 T€ Fördermittel fließen. Zur Deckung der Finanzierungslücke aus Investitionstätigkeit ist eine Kreditermächtigung von 500 T€ veranschlagt worden.

Aufgrund der Kreditermächtigung ist die Genehmigung der Kommunalaufsicht erforderlich.